

Die Rote Zeitung

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale

Verbreitungsgebiet Ost Sachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rundfunk / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Junge

64 Einzelnummer 10 Pfennig

Bei Abonnementen und in allen Buchläden erhältlich

Lohnraub
und Artikel 48

bekämpft nur die Arbeiterschwäche
Werb noch keine
Gesetz machen
Abonnement!

7. Jahrgang

Dresden, Montag den 13. April 1931

Nummer 62

Gtreifausdehnung trotz DBB-Berrat!

Alle Arbeiter und Angestellten in die Kampffront! Gegen Unterstüzungsauftrag! Für 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich!

Die Bauarbeiter in weiteren Teilen des Reiches traten in den Streit. So legten die Zimmerer in Naumburg (Saale) die Arbeit nieder. Fünf Unternehmer verpflichteten sich innerhalb des früheren Lohn weiter zu zahlen. Im Saupertal sind acht Bauhöfen in den Streit getreten. Aus Thüringen erfolgen weitere Streitmeldungen. In Hagen (Westfalen) werden 1000 Wohlhaberarbeiter ausgesperrt und in Weichenfeld sind die Bauprotector der Firma Hoffmann ausgesperrt, weil sie die Unterstüzung des Rechtes ablehnten.

Am Samstagabend tagte, nachdem die zentralen Verhandlungen am Mittwoch ergebnislos abgebrochen wurden, unter dem Vorstand von SBD-Witten die Schlichterammer gegen die Bauarbeiter. Unter dem Vorstand von Witten sollte diese Schlichterammer einen Schiedsgericht, monatlich ab 8. April der Nacharbeiterlohn 1,12 Mark, des Bauarbeiterlohn 1,18 Mark und der Tiefbaubarbeiterlohn 0,92 Mark beträgt. Das bedeutet einen Lohnraub von 11 Pfennig in der Spalte. Der Lohnausgleich wurde einstimmig gefasst und die beteiligten Organisationen erklärten ihn für sie bindend.

Der Berliner Vorort war bereits einen Nutzen der Bauarbeiterfikirat, in dem der Streitbruch proklamiert wurde. Es heißt darin:

"Wir erlauben untere Mitglieder, strengste Disziplin zu üben und am Dienstag den 13. April 1931, ebenso geschlossen wie die Arbeit wieder aufzunehmen, wie sie die Leistung der Gewerkschaften abgelehnt haben."

Die Bauarbeiterfikirat fordern die Disziplin des Streitbruchs, die Disziplin des Klassensvertrags, Disziplin für den inneren Lohnraub an den Bauarbeitern. Damit dargestellten

sie sich selbst als Organisatoren des Streitbruchs. Die Berliner Bauarbeiter haben in sieben großen öffentlichen Versammlungen zu dem ungewöhnlichen Schandtheile der DBB-Bürokratie Stellung genommen und einmütig beschlossen: Der Streit geht weiter!

Wie ein Peitschenhieb mischte dieser Lohnraubpaß gegen die Berliner Bauarbeiter. Helle Empörung ist bereits bei den Dresdner Bauarbeitern ausgebrochen. Schießt doch noch am Sonnabend das SBD-Slatzchen:

"Nach dreitägiger Verhandlung ging die Versammlung mit dem Ergebnis auseinander, trotz der schweren Notlage geschlossen zusammenzutreffen, um die Wichtigkeit der Unternehmern zu prüfen."

Nur vielen Zeilen ist ersichtlich, daß der Wille der Bauarbeiter, den Lohnraubpaß niederrichten, selbst in dieser Versammlung klar anzuhören ist. Dieser Politik der Bürokratie, deren Verbindlichkeit verläßlich nur für Berlin gelten kann, hat aber schon und heute läuft zu erregten Diskussionen bei den Bauarbeitern geführt, die jeden Verlust, jeden Preis der Bauarbeiter eine Vorbildung nach dem Berliner Muster zu fördern, auf das enttäuschende zurückzuführen.

Eine Reihe von Erfolgen werden wieder aus dem Reichsland Westfalen gemeldet. In Siegen haben 10 Arbeiter der Firma Jungjohann & Eichel und der Faustelle Altdorf bei der vernommenen Woche in den Streit getreten. Sie erzwangen die Auszahlung des alten Lohnes. Eine große Anzahl von Arbeitern trat in die KGO ein.

Zumal, die KGO führt die Bauarbeiter trotz aller reformistischen Sabotage zum Streit, um die Bauarbeiter weiter zu unterwerfen unter Führung der KGO, weil sie wollen, daß

nur so ihre Bedingungen bestätigt werden. Die Waffenfabrik in die KGO und das Berliner Einheitsverband der Bauarbeiter sind Beweis, daß die Rolle der Betriebe kaum Ende eingegangen ist.

Reicht auch ein in die Kürzlich ausgewählte Kasse der KGO? Nicht geschlossen waren Streit zum Siegl. Werktreter auf mit dem internationalen Proletariat vor 1. Mai unter den Slogans der Kommunistischen Internationale und der KGO. Durch Gewalt und revolutionäre Kampfdisziplin für den Sieg über Kapitalismus und Bürokratie!

7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich und 1. Mai

Die Brüning-Regierung beschließt, für bestimmte Industriezweige im Einheitsvertrag mit den Unternehmen eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich anzurufen. Zurzeit wird in der Unternehmensprelle dieser Plan diskutiert und dabei gefordert, daß auch wirtschaftlich nur dort, wo es für die Unternehmer vorteilhaft ist, diese Arbeitszeitverkürzung angeordnet werden soll. Beispieldeweise schreibt die Kölnische Zeitung vom 10. April:

"Sollte nun die Regierung die Bedingungen des Industrieklases in eignen machen, so hängt die Durchführung derartiger Maßnahmen von den Verhandlungen mit den in Größe kommenden Betriebsgemeinschaften ab. Man wird von der Regierung verlangen müssen, daß sie in jedem einzelnen Fall mit äußerster Gewissenhaftigkeit alle Arten eines etwaigen Eingriffes überprüft, denn die Möglichkeit der Erfüllung ist ungeheuer groß. Aufgabe der einzelnen Betriebsgemeinschaft in der nächsten Zeit wird es sein, für ihren Betrieb die Errichtung einer Arbeitszeitverkürzung — wo es wirtschaftlich noch möglich ist — eingehend in allen Auswirkungen zu untersuchen."

Also, nur wenn die Unternehmer davon Vorteile haben, soll die Arbeitszeitverkürzung eintre-

Jungarbeiter von Stahlhelmer ermordet!

Chemnitz, 13. April. (Eig. Eröffnung)

Am Sonnabendabend ereignete sich auf der Bismarck-, Ecke Karlstraße ein widertrüglicher Arbeitsermord. Der Stahlhelm, Mann Otto trug nach einem kurzen Wortwechsel den Jungarbeiter Otto, einen Funktionär des Antifaschistischen Kampfbundes, durch Punktenschlag tödlich. Wenige Minuten später kam der Einleiter ins Krankenhaus. Die empörte Menge kehrte den flüchtenden Mörder und übergriff ihn der Polizei.

Die gemeinsame Wiedergutmachung will nach der Darstellung der Bürgerlichen Presse einen Racheakt vor der vor kurzem erfolgten Verprügelung provoziert haben. Raus durch Arbeit

holt den Kampf gegen den Kapitalismus als Grundlage der Stahlhelmpolitik.

Der Kampfbundspitze Major Wagner verlangte Entfernung der „offenen Arbeitsobligation“ für Jungarbeiter. Der ermordete Jungarbeiter ist die blutige Illustration eines wahren Charakters einer ehrlichen nationalen Polizie. Die Menschenmassen, die die jüdische Wachheit wird in der Stärkung der antifaschistischen Kampfbündnis und in wäßrigen Menschenmorden des Proletariats unter den Zähnen der eingeschworenen antisemitischen Partei, der KPD ihren Mörtern Rache tun.

Dresdner Polizei übertrumpft Brüning

Regierungsrat Dr. Pötschauer und Kommissar Kienle wollen antifaschistische Delegiertenfestschrift verbieten!

Dresden, den 13. April.

Am Sonnabendabend, kurz nach 18 Uhr, belebt ein Überfallkommando unter Leitung des Kriminalpolizeiinspektor Gisbert die Sigmundstraße des Bezirks „Neustadt“ in der Städtegrafschaft mit der Begründung, die angeblich dort katholische Sitzung der Delegierten des Antifaschistischen Kampfbundes sei eine „öffentliche Veranerkennung“ und falle bei Nichtverordnung unter Verbot. Diese Aktion war vom Selbstverständlichen Polizeipräsidenten Dr. Pötschauer eingerichtet worden.

Die anwesenden Katholiken, deren Sitzung dadurch praktisch unmöglich gemacht wurde, wehrten nach, daß es ja erstens um eine Verweichung handle, denn nicht der Kampfbund tage dort, sondern die KPD, und daß weiterhin auch eine Delegierten-Sitzung des Kampfbundes unmöglich als „öffentliche“ angeprochen werden könnte. Obgleich Kommissar Gisbert die Möglichkeit hatte, den angeblichen Sitzung des Kampfbundes aufzuhalten, weigerte er sich категорisch, die Räume freizugeben und drohte dem Wirt mit Verhaftung. Erst der energische Protest mehrerer anwesender Abgeordneter beim Städtegrafschaftsamt brachte Pötschauer, seinem offiziellen Einsatz Verbot vom Kabinett zu geben. Nach ständiger Verstärkung ließen sich die Vertreter des Kreis auf Erhaltung der Zugang erzwingen. Gleichzeitig erklärten wir, daß in Königsweide und Kue die Verbreitung des kommunistischen Blattes „Kampf“ ver-

botet werden würde. Wie wir hören, wird ja nach der Zusammenkunft mit diesen Begründungen zu befehlen haben.

Und nun der heißt: verantwortliche Regierung. Gisbert braucht die SBD-Büro eine Sitzung ab, in der es steht: „Die Regierung weißlich frei von allen katholischen Tendenzen und plant, das in der Menschenmord-Gemeinde zu haben...“ Die revolutionäre Katholische Kirche „glaubt“ nicht, sondern weiß, was sie von dieser Regierung und ihren SBD-Gewissensschämen zu halten hat!

Kienle

Frau Dr. spricht heute in Dresden ab 20 Uhr

Keglerheim
Watzkes Ballhaus
Donaths Neue Welt

bar. Die Linie des Hugenberghitlers zeigt sich also auch offen beim Stahlhelm, nicht nur bei der offiziellen KSDA.

Im Zusammenhang mit diesem Mord werden auch die Meldungen über die Gründung von Waffenlagern die Arbeiterschaft gegen die faschistischen Mordbuben alarmieren. Wir berichteten bereits über ein solches geheimnisvolles Waffenlager bei Moritzburg. Jetzt veröffentlicht die Rote Fahne eine journalistische Meldung über die Ausbildung eines riesigen Waffenlagers bei einem Stahlhelm-Generalmajor Hanke in Zehlendorf. Jede 50 Waffenbewaffnung, eine große Zahl Waffenwaffen, die zu einem Teil noch geladen waren (!) und eine Menge Gewehre und Pistolenmunition sind gefunden worden.

Gewährten diese Meldungen Einblick in die Rüstungen des

